

Rede Aufstellungskonferenz am 12.12.2020 in Murnau

Die mir am meisten gestellte Frage in den letzten Wochen war: „Warum tust du dir das noch an?“ In den nächsten rund 15 Minuten werde ich versuchen euch diese Frage zu beantworten. Zunächst einmal gilt für mich wie für uns alle: ich bin überzeugte Demokratin. Seit meiner Jugend bin ich politisch interessiert. Zuhause habe ich vor allem mit meinem Vater viel über Politik diskutiert, am Gymnasium war ich dann in einer politischen Arbeitsgemeinschaft (gibt es nicht mehr, sollte meiner Meinung nach aber unbedingt wieder eingeführt werden), an der Uni war ich zeitweise in der Fachschaft und auf etlichen Demos wie es damals eben so war in den siebziger Jahren. Mit dem Beginn meiner Berufstätigkeit als Assistenzärztin in München Bogenhausen wurde ich dann politisch, ich möchte sagen, etwas ruhiger, nicht nur mangels Freizeit, sondern, weil auch alles ganz gut gepasst hat. Helmut Schmidt war Bundeskanzler und ein CSUler konnte als OB von München in seinen sechs Jahren nicht viel kaputt machen von dem was seine SPD Vorgänger Vogel und Kronawitter aufgebaut und seine SPD Nachfolger nach Kronawitter Ude und Reiter weitergeführt haben.

Eine echte Zäsur war dann 1990 mein Umzug nach Garmisch-Partenkirchen, aus beruflichen Gründen meines Mannes, inzwischen mit Familie. Als ich meinen Sohn mit drei Jahren im Kindergarten anmelden wollte, erntete ich nur ein müdes Lächeln. Garmisch-Partenkirchen war das Schlusslicht von ganz Bayern in der Versorgung mit Kindergartenplätzen. Ich war dann Teil einer Gruppe von Frauen, die das nicht hinnehmen wollte. Gemeinsam erreichten wir, dass Garmisch-Partenkirchen innerhalb eines Jahres 100 zusätzliche Kindergartenplätze bereitstellen musste. Ein SPD – Gemeinderat, Alois Schwarzmüller, viele von euch werden ihn kennen, hat uns auf diesem Weg

tatkräftig unterstützt. Ich bin dann in die SPD eingetreten, wozu ein CSU – Kreisrat gesagt hat: „Er gang ja, aber sie!“

Den weiteren Weg kennen die meisten von euch: Mitglied im Gemeinderat und im Kreistag ab 2002, und dann tatsächlich Bürgermeisterin von Garmisch-Partenkirchen von 2014-2020, als erste Frau, zugezogen und SPDlerin. Ein erstaunlicher Erfolg für mich und leider eine große Ausnahme. Ich denke, gerade darin liegt auch der Grund, warum ich abgewählt wurde. Ich bin aber auch unpopuläre Dinge angegangen:

1. Ich habe einen finanziellen Scherbenhaufen übernommen. Den habe ich zusammen gekehrt, die Finanzen konsolidiert. Dafür hat es eben unpopuläre Entscheidungen gebraucht und Verzicht auf lieb gewordene Gewohnheiten. Verzicht ist nicht wirklich mehrheitsfähig, aber in der heutigen Zeit, nicht nur finanziell, an vielen Stellen leider wichtig. Und
2. habe ich versucht, den wie ich meine dringend notwendigen Strukturwandel einzuleiten. Vielleicht habe ich damit die Bürgerinnen und Bürger überfordert. Aber ich bin es ehrlich und offen angegangen.

Einen Strukturwandel braucht es, nicht nur in Garmisch-Partenkirchen, sondern in ganz Deutschland. Die Corona-Pandemie hat uns einige Defizite aufgezeigt. Wenn wir unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze sichern wollen, wird uns nichts anderes übrig bleiben als uns den Herausforderungen unserer so genannten vierten industriellen Revolution mit Digitalisierung und künstlicher Intelligenz zu stellen um aktiv gestalten zu können. Digital vernetzte Systeme kreieren inzwischen Algorithmen zur selbst organisierten Produktion, von der Idee über die Entwicklung und Fertigung bis zum Recycling. Unsere Aufgabe ist es diese Entwicklung sozial abzufedern und ökologisch zu gestalten. Dafür braucht es auch weiterhin ganz selbstverständliche Dinge: ein bezahlbares

Dach über dem Kopf, gerechte Bildungschancen für alle, eine niedrighschwellige, gute Gesundheitsversorgung mit Prävention, Therapie und Rehabilitation. Und die entsprechende Infrastruktur: vom Fahrradweg und einem gut ausgebauten ÖPNV bis zum flächendeckenden schnellen Internet, auch auf dem Land.

Damit habe ich schon einmal einen groben Rahmen abgesteckt. Die Gesundheit liegt mir persönlich natürlich besonders am Herzen, da das der Bereich ist, aus dem ich komme, das habe ich gelernt. Und aktuell sind ja unsere kompletten Lebensabläufe davon dominiert. Corona hält uns alle im Würgegriff. Übrigens finde ich die Abstands- und Hygieneregeln richtig und wichtig. Was ich nicht gut finde, ist das ständige Hervorpreschen des Bayerischen Ministerpräsidenten, der damit nicht nur die Menschen kirre macht, sondern gemeinsames Vorgehen in der ganzen Republik erschwert. Diese Form von Profilierung wird auf dem Rücken der Menschen ausgetragen. In Pandemiezeiten haben wir wahrlich andere Probleme als die Selbstvermarktung von Ministerpräsidenten.

Dass, wie es heißt, wohl ungefähr jeder fünfte Deutsche Covid-19 verharmlost oder sogar negiert, oft bei gleichzeitigen Verschwörungsmaythen, halte ich für höchst bedenklich und beunruhigend, vor allem dann, wenn diese so genannten Querdenker (darunter verstehe ich übrigens etwas ganz anderes) die Maßnahmen, die im Infektionsschutzgesetz festgezurrt wurden, mit dem Ermächtigungsgesetz oder dem politischen Widerstand während der Nazidiktatur gleichsetzen. Ich zitiere Heiko Maas: „Wer sich heute mit Sophie Scholl oder Anne Frank vergleicht, verhöhnt den Mut, den es brauchte Haltung gegen Nazis zu zeigen. Das verharmlost den Holocaust und zeigt eine unerträgliche Geschichtsvergessenheit. Nichts verbindet Corona-Protteste mit Widerstandskämpfer *innen! Nichts!“ Und ein immer noch gültiges und sehr aktuelles Zitat von Gustav Heinemann gleich hinterher: „Man erkennt den Wert

einer Gesellschaft daran, wie sie mit den schwächsten ihrer Glieder verfährt.“
Dass der Verfassungsschutz mittlerweile bis zu 30 % dieser sogenannten Querdenker-Gruppe für rechtsextrem hält, sollte bei uns Allen die Alarmglocken schrillen lassen. Diese Rücksichtslosigkeit und Leugnung der Fakten dürfen wir nicht ignorieren. Wir stehen für Solidarität, für das Gemeinwohl in unserer Gesellschaft. Das ist unsere Basis und die müssen wir mit aller Kraft verteidigen.

Was bei dieser Corona-Dominanz derzeit Gefahr läuft völlig unter die Räder zu kommen, ist der Klimaschutz. Das darf nicht sein. Corona darf keinesfalls als Entschuldigung dafür gelten, dass wichtige Vorhaben auf die lange Bank geschoben werden. Es muss uns dabei aber klar sein, dass jeder von uns, auf welcher Entscheidungsebene auch immer, seinen Teil dazu beizutragen hat. Hand aufs Herz: wer von euch nimmt die eine oder andere Unbill in Kauf und fährt mit dem Bus, der Bahn oder dem Fahrrad, auch bei schlechtem Wetter? Oder überwiegt doch die Bequemlichkeit? Sitzheizung im Auto oder parken in der Tiefgarage, um trockenen Fußes zum Ziel zu kommen. Wir brauchen mehr erneuerbare Energie, wir brauchen aber auch Einsparung. Wir brauchen mehr ÖPNV (Stichwort: zweigleisiger Ausbau von München nach Garmisch-Partenkirchen oder besser noch: nach Mittenwald) mit flächendeckenden Netzen, auch und gerade auf dem Land. Und es darf nicht sein, wie im Landkreis Weilheim-Schongau angedacht, dass die finanziellen Folgen der Coronakrise zu Lasten der Investitionen für den Klimaschutz gehen.

Damit bin ich bei den Kommunen angelangt. Ohne höhere Zuschüsse und Unterstützung von Bund und Land wird das nicht funktionieren. Gleichwertige Lebensverhältnisse erfordern vor allem im ländlichen Raum noch große Anstrengungen. Das gilt auch beim Netzausbau für schnelles Internet. Was

darüber hinaus zumindest in Oberbayern fast überall fehlt, ist bezahlbarer Wohnraum. Die grobe Richtschnur, dass die Miete nicht mehr als ein Drittel des Einkommens verschlingen darf, gilt hier schon längst nicht mehr. Abhilfe schaffen wir auf Dauer nur mit öffentlichen Bauherren. Die Säule eins des Wohnungspakts Bayern für Kommunen ist schon einmal ein ganz gutes Instrument, aber auch hier sind Bund und Land mit eigenen Baumaßnahmen zusätzlich gefragt. Um allerdings überhaupt an Grundstücke zu kommen, müssten einige Instrumente allgemein gültig entwickelt werden, zum Beispiel ein soziales Bodenrecht, wie es München praktiziert, oder wie ich es auch vor einigen Jahren in Garmisch-Partenkirchen durch den Gemeinderat bekommen habe. Das heißt, dass neu geschaffenes Bauland zu ungefähr der Hälfte für geförderten Wohnungsbau oder kommunale Infrastruktur zur Verfügung stehen muss. Notwendig wären auch bessere Vorkaufsbedingungen für Kommunen bei privaten Liegenschaftsverkäufen. Nebenbei bemerkt wäre es schön, das ist jetzt ein Schwenk zur Landespolitik, wenn der Freistaat bei seinen Liegenschaftsverkäufen vielleicht den Preis nicht immer so exorbitant hoch treiben würde, dass nur noch professionelle Investoren mit Gewinnmaximierungsabsicht als Käufer übrig bleiben, sondern dass auch auf die Vorstellungen und Bebauungspläne der Kommunen mehr Rücksicht genommen würde!

Noch ein Thema, das sich hauptsächlich in den Kommunen abspielt: Bildung und Betreuung. Laut OECD ist in Deutschland die Abhängigkeit des Bildungsniveaus vom Sozialstatus nach wie vor besonders hoch und das vor allem in Bayern. Bildungsgerechtigkeit heißt Chancengleichheit. Immerhin sind wir diesem Ziel mit der Einführung der Ganztagschule, eine von der SPD seit Jahrzehnten geforderten und von der CDU/CSU ebenso lang abgelehnten Maßnahme, ein kleines Stück näher gekommen. In Bayern gewinnt man in

Sachen Bildung und Betreuung allerdings den Eindruck, dass man bestimmte Bevölkerungsgruppen von der Bildung eher ausschließen will. Das fängt bereits im Kleinkindalter an. Wie sonst soll man die Herdprämie denn interpretieren? In Norwegen hat man eine ähnliche Unterstützung wieder abgeschafft, weil man festgestellt hat, dass gerade Kinder, die eine Förderung dringend bräuchten, nicht in den Genuss der Kita kamen, weil vielleicht einkommensschwache Eltern die Prämie bevorzugt haben. Ich fände es jedenfalls gut, wenn der Bund in der Bildungspolitik mehr Entscheidungskompetenzen hätte.

Ein weiteres Schwerpunktthema, das mir wichtig ist, betrifft zwar nicht alle Kommunen in unserem Bundeswahlkreis, aber doch viele. Ich rede vom Tourismus, der für manche Gemeinden der einzige nennenswerte Wirtschaftsfaktor ist. Tourismusgemeinden verfügen meist über eine eher niedrige Wirtschaftskraft. Die Gewerbesteuer der meisten Hotels ist gering. Tourismusgemeinden tun sich also trotz der Schlüsselzuweisungen schwer ihre Infrastruktur zu finanzieren. Das kann nicht sein. Da muss es eine andere Lösung geben. Und sie werden derzeit von Tagesausflüglern, die meist im Auto anreisen, überrollt. Von dieser Gruppe bleibt übrigens auch nicht viel im Gemeindegeld hängen. Natürlich darf Jeder das freie Betretungsrecht unserer Natur in Anspruch nehmen, aber bitte möglichst öffentlich anreisen und bitte künftig entsprechende finanzielle Strukturen schaffen, die die Last für die Kommunen verringern!

Und schließlich liegt mir die Kultur am Herzen. Für die Kulturschaffenden ist die Corona-Pandemie ein einziges Fiasko. Wir müssen unbedingt erreichen, dass die Vielfalt an Angeboten, dass die vielen Solo-Selbstständigen und Kleingruppen nach Corona weiter arbeiten können. Kultur ist so etwas wie der

Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält. Ich vermisse Kino, Konzerte, Ausstellungen, Theater und Vieles mehr. Ihr bestimmt auch, nehme ich an. Kultur lässt uns reflektieren und Kultur hilft uns unsere Standpunkte immer wieder zu hinterfragen und eben nicht auf alternative Fakten und fake news herein zu fallen.

Ich komme zum Ende. Wir müssen uns unserer Haut wehren und dürfen das Feld nicht diesen Anti-Demokraten überlassen. Wir stehen für Gemeinwohl und Solidarität wie keine andere Partei. Diese Grundpfeiler unserer Arbeit haben nichts an Aktualität verloren – im Gegenteil: die Corona-Pandemie hat uns deren Bedeutung eindringlich vor Augen geführt. Für diesen unseren Markenkern müssen wir eintreten, dafür lohnt es sich zu kämpfen zum Wohl unserer Gesellschaft und zum Wohl unserer Demokratie. Das ist für mich der wichtigste Beweggrund für diese Kandidatur.

Ich hoffe, ich habe euch jetzt die Antwort auf meine Eingangsfrage gegeben, warum ich heute hier stehe und ich möchte schließen mit Kurt Schumacher: „Nur ein Deutschland, getragen von einem staatsbürgerlichen Bewusstsein und sozialer Gerechtigkeit, kann erfolgreich in der Abwehr totalitärer Tendenzen sein“.